



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW42/22)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der KW 42 im Oktober 2022 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

PRESSEMITTEILUNGEN



20. Oktober 22

Pressemitteilung: Etablierung der Gendersprache auf Steuerzahlerkosten muss ein Ende haben

Eine Kleine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Michael Kaufmann, forschungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, ergab, dass die Bundesregierung aktuell zwei Aktivitäten im Bereich Gendersprache finanziert. Das sind zum einen Einzelprojekte beim Leibniz-Institut für Deutsche Sprache, für die der finanzielle Umfang nicht bezifferbar ist, da sie in der umfangreichen Gesamtförderung des Leibniz-Instituts offenbar nicht abgegrenzt werden. Beim Journalistinnenbund e.V. beträgt die Gesamtförderung inklusive

der „Genderprojekte“ 273.524 Euro.

Kaufmann teilt dazu mit:

„Wir haben in unserem Bildungswesen aktuell wahrlich drängendere Probleme, als die korrekte Nutzung eines ‚Binnen-I‘. Das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) hatte im vergangenen Jahr die Bildungskompetenzen von Viertklässlern in Deutsch und Mathematik unter die Lupe genommen. Dabei stellte sich heraus, dass allein in Mathematik 22 Prozent der Viertklässler bundesweit den Mindeststandard nicht erreichen, bei der Rechtschreibung sind es sogar 30 Prozent. Hierbei spielt auch der Zuwanderungshintergrund zunehmend eine Rolle. Jeder Euro, den der Staat für die Förderung von völlig überflüssigen Projekten zur Gendersprache ausgibt, ist ein Euro zu viel.“





21. Oktober 22

Pressemitteilung: Wissenschaft und Forschung müssen dringend entlastet werden

Zum Antrag der CDU/CSU-Fraktion zu einem Entlastungspaket und Notfallfonds für Wissenschaftseinrichtungen (BT-Drs. 20/4047) teilt der forschungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Michael Kaufmann, mit:

„Explodierende Energiekosten, eine ausufernde Inflation und die akute Gefahr von Versorgungsengpässen bedrohen heute Wissenschaft und Forschung in ihrem Bestand. Auch wenn die Union in der Vergangenheit selbst die Grundlagen für die gegenwärtige Kosten- und Versorgungskrise im Wissenschaftsbetrieb gelegt hat,

begrüßen wir als AfD-Fraktion daher diesen Antrag. Er benennt drängende Probleme, die sich zunehmend zum schweren Hindernis für Forschung und Wissenschaft entwickeln. Wichtige energieintensive und langfristig angelegte Forschungsprojekte laufen Gefahr, die Früchte ihrer Arbeit zu verlieren. Auch wir als AfD-Fraktion fordern die Bundesregierung daher auf, mit gezielten Entlastungsmaßnahmen der Wissenschaft den Rücken zu stärken. Dabei können die im Unionsantrag geforderten Punkte nur ein Anfang sein. Wissenschaft und Forschung sind die Grundlage unseres Wohlstands und ein Versprechen in die Zukunft. Das muss sich endlich auch in der materiellen Ausstattung und finanziellen Förderung von Forschung und Wissenschaft niederschlagen.“

KOMMENTAR: POLITIK UND TAGESGESCHEHEN



18. Oktober 22

„Machtwort“? Fauler Kompromiss! Auch Kanzler Scholz wird uns nicht aus der Krise führen.

Was zwei Weltkriege und diverse Finanzkrisen nicht geschafft haben, erledigt nun unsere Regierung:

Deutschlands Deindustrialisierung scheint dank Energiewende und desaströser Außenpolitik nicht mehr aufzuhalten.

Wenn man sich den Parteitag der Grünen am vergangenen Wochenende angetan hat, konnte man sich in seinen finstersten Vorahnungen bestätigt sehen:

Gewaltfreiheit gibt es nur mit Waffen, und laut Habeck haben „... die fossilen Energien und die Atomkraft,[...] uns diese Energienot beschert.“

Mehr Irrsinn geht eigentlich gar nicht - allerdings kann Habeck die Wahrheit auf dem Parteitag seiner Öko-Sekte schlecht aussprechen:

Nicht fossile Energien und Atomkraft sind unser Problem.

Die Grünen sind es. Und das auf Kosten der Steuerzahler. Kanzler Scholz' "Machtwort", wonach statt 2 nun drei Kernkraftwerke bis zum 15. April laufen dürfen, ist hierbei keine Lösung.

Es ist ein „fauler Kompromiss“¹, der weder für sichere noch für bezahlbare Energie sorgen wird, und unser Land nicht aus seiner existenziellen Krise führen kann.

Die AfD ist die einzige Partei, die wirklich auf Energiesicherheit setzt: Kernenergie darf nicht abgeschafft, sondern muss weiter ausgebaut werden.

1

ntv-Kommentar vom 18.10.22, „Das Machtwort des Kanzlers ist ein fauler Kompromiss“





17. Oktober 22

Konferenz des europäischen Netzwerks parlamentarischer Technikfolgenabschätzung

Kann man gesellschaftlichen Brüchen/Störungen durch wissenschaftliche Technikfolgenabschätzung begegnen?

Darum geht es bei einer Konferenz des europäischen Netzwerks parlamentarischer Technikfolgenabschätzung (EPTA) heute in Berlin.

Eins ist schon mal klar:

Das kann nur gelingen, wenn Wissenschaftler ideologiefrei arbeiten

und die Politiker die Ratschläge berücksichtigen.

<https://www.tab-beim-bundestag.de/news-2022-10-epta-konferenz-und-report-2022-disruption-in-society-ta-to-the-rescue.php>

ARBEITSKREIS BILDUNG, FORSCHUNG, TECHNIKFOLGENABSCHÄTZUNG



18. Juli 22

Christine Anderson, Mitglied des EU-Parlaments, besuchte uns zum Arbeitsgespräch.

Unsere Parteifreundin und Mitglied des EU-Parlaments, Christine Anderson, besuchte den Arbeitskreis Bildung, Forschung, Technikfolgenabschätzung zum Arbeitsgespräch.

Unter anderem ging es um folgende Themen:

- Pädophile werden in der offiziellen Sprechweise der EU jetzt nicht mehr so benannt, sondern als „minor-attracted persons“ bezeichnet. Damit soll eine Diskriminierung vermieden werden.
- Die Diskussion zum Thema „Abtreibung als Menschenrecht“ beschäftigt nicht nur die grüne Familienministerin Lisa Paus, die den §218 in Kürze aus dem Strafgesetzbuch verbannen will. Vor

allem auf EU-Ebene laufen hierüber sogar Überlegungen, daraus berechnete Fluchtgründe für Frauen zu definieren, die in ihrem Heimatland Restriktionen unterliegen

- Die EU-Wahlreform ist bereits im April verabschiedet worden. Danach wird es zukünftig am Wahltag 9. Mai auch sog. „Transnationale Listen“ geben, bei welchen man mit einer Zweitstimme ohne jeglichen Bezug zum eigenen Nationalstaat Kandidaten aus einem anderen Land wählen kann. Dadurch können aus diesem „EU-Wahlkreis“ dann diese 28 Kandidaten direkt einziehen. Aus diesen direkt gewählten Kandidaten wird derjenige mit den meisten Stimmen der Kommissionspräsident.
- Im übrigen wird eine Quotenregelung eingeführt, wonach die Listen paritätisch nach Geschlecht aufgestellt werden müssen



20. Oktober 22

Meine Rede im Bundestag: Die Energiekrise bedroht den Wissenschafts- und Forschungsstandort Deutschland.

„Explodierende Energiekosten, eine ausufernde Inflation und die akute Gefahr von Versorgungsengpässen bedrohen heute Wissenschaft und Forschung in ihrem Bestand. Auch wenn die Union in der Vergangenheit selbst die Grundlagen für die gegenwärtige Kosten- und Versorgungskrise im Wissenschaftsbetrieb gelegt hat, begrüßen wir als AfD daher diesen An-

trag.

Er benennt drängende Probleme, die sich zunehmend zum schweren Hindernis für Forschung und Wissenschaft entwickeln. Wichtige energieintensive und langfristig angelegte Forschungsprojekte laufen Gefahr, die Früchte ihrer Arbeit zu verlieren.

Auch wir als AfD-Fraktion fordern die Bundesregierung daher auf, mit gezielten Entlastungsmaßnahmen der Wissenschaft den Rücken zu stärken.

Dabei können die im Unionsantrag geforderten Punkte nur ein Anfang sein. (Wissenschaft und Forschung sind die Grundlage unseres Wohlstands und ein Versprechen in die Zukunft. Das muss sich endlich auch in der materiellen Ausstattung und finanziellen Förderung von Forschung und Wissenschaft niederschlagen.)

PARLAMENTARISCHE SITZUNGSWOCHE

Mittwoch

Allgemeine Fragestunde, Bundesministerium für Inneres und Heimat

- Deutschland stößt an seine Aufnahmekapazitäten: Mittlerweise sind ca. eine Million Menschen aus der Ukraine nach Deutschland gekommen. Dazu stellen auch Flüchtlinge der sog. Balkan-Route knapp 35% mehr reguläre Asylanträge, als zum Vorjahreszeitraum. Dies belastet Kommunen, und Immobilieneigentümer befürchten die Zwangsbelegung leerstehenden Wohnraums.
- Ministerin Faesers „Lösung“: Sie will die Balkanroute eindämmen, wird aber andererseits am Nachmittag ihr Gesetz zum „Chancen-Aufenthaltsrecht“ vorstellen, das gerade umgekehrt als Magnet wirken kann.
- Frage von Brandner, AfD an die parlamentarische Staatssekretärin: Habe man aus den Fehlern von 2015 gelernt? Frau Schwarzelühr-Sutter antwortete darauf, dass viele Erkenntnisse gewonnen wurden, allerdings ohne zu erklären, welche.
- In einer weiteren Antwort auf eine Frage des Abgeordneten Prof. Kaufmann, AfD, wurde deutlich, dass auch Menschen anderer Nationalitäten wie z.B. aus Afrika, die über Polen nach Deutschland kommen, nicht vorrangig in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden.
- Auch konnte nicht beantwortet werden, wie mit Menschen verfahren wird, die ggf. gefälschte ukrainische Ausweisdokumente vorweisen.
- Prof. Kaufmann, AfD: Gerade im Hinblick auf die aktuell höchst angespannte Situation durch ungebremsten Zustrom scheint es unverantwortlich, dass die Regierung noch keinerlei Gutachten erstellen ließ, um zu evaluieren, welchen Umfang an Flüchtlingen und Zuwanderung unsere Gesellschaft verträgt.

AfD: Antrag zu einer Aktuellen Stunde zur Ausweitung des Energieangebots

- Steffen Kotrè, AfD : der DIHK Präsident fordert, alle 3 AKW über den März 2023 hinaus laufen zu lassen. Er begründete dies unter anderem mit folgenden Punkten: Die Pleitewelle ist längst angelaufen: Bis Nov. werden die Insolvenzen bis zu 40% ggü. dem Vorjahr angestiegen sein. Weltweit erfährt die Kernkraft eine Renaissance, Deutschland muss nachziehen. Putin sei bereit, über den intakten Strang von NS 2 weiter Gas zu liefern. Er thematisierte die Beschädigung der deutschen Wirtschaft, und rief in Erinnerung, dass auch die CDU sich seit Beginn der „heißen“ Energiekrise positiv zum Weiterbetrieb der vorhandenen AKW äußert.
- Warum sich die sonst so EU-treu gebenden Grüne und SPD gegen die EU-Taxonomie (Grünes Siegel für Atomkraft) stemmen, bleibt im Unklaren.

DrS.-Nr. 20/3717 : Debatte zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung „Chancen-Aufenthaltsrecht“

- „Chancen-Aufenthaltsrecht“: Es ist beabsichtigt, geduldeten Personen, also abgelehnten Asylbewerbern, die sich zuvor seit Jahren in der Illegalität in Deutschland bewegt haben, zum Stichtag 1. Jan. 2022 nach 5jähriger Illegalität im 6. Jahr die Möglichkeit zu geben, ein Bleiberecht zu bekommen.
- Robert Farle (franktionslos): Das wäre, als wenn ein Schaffner im Zug auf einen Schwarzfahrer trifft und diesen dann legal weiterfahren lässt, weil er nun doch so lange schon schwarzgefahren sei.
- Der Antrag wurde in den Ausschuss für Inneres und Heimat überwiesen.

DrS.-Nr. 20/4051 der AfD-Fraktion: Ukrainische Flüchtlinge wie andere Asylsuchende behandeln

- Im AfD-Antrag wird gefordert, ukrainische Flüchtlinge in unserem Sozialsystem nicht wie deutsche Staatsbürger zu behandeln, nach welchem sie sofort Anspruch auf Grundsicherung haben, sondern wie andere Asylsuchende auch, dem Asylbewerberleistungsgesetz unterliegen sollen.
- Außerdem fordert die AfD, das AsylbLG dahingehend zu ändern, dass Geldleistungen in Zukunft die Ausnahme bleiben und ein strenges Sachleistungsprinzip als Regelfall gelte.
- René Springer, AfD thematisierte den „Magnet Deutschland“ in seiner Rede: Der durchschnittliche Lohn in der Ukraine vor dem Krieg lag bei 328 €. Durch den direkten Eintritt in Hartz IV kann eine Familie mit drei Kindern in Deutschland inkl. Leistungen für Wohnung, Heizung, KITA, GEZ, Bildung und ges. KV mit bis zu 2.600 € netto rechnen. Für derartige Einnahmen müssten Millionen deutscher Steuerzahler hart arbeiten.
- Der Antrag wurde in die Ausschüsse überwiesen.

Donnerstag

Regierungserklärung des Kanzlers zum bevorstehenden Treffen des Europäischen Rates in Brüssel.

- Stichpunkte: Putin werde seine Kriegsziele nicht erreichen, Wiederaufbau der Ukraine durch internationalen „Marshallplan“, internationale Aufbaukonferenz wird am 25.Okt. unter der Ägide der G7 in Berlin stattfinden.
- EU-Außenminister hatten sich am Montag auf eine Ausbildungsinitiative für ca. 15.000 ukrainische Soldaten in der EU geeinigt, diese findet unter anderem für 5.000 Soldaten in Deutschland statt.
- Weltweit drohende Hunger-Katastrophe aufgrund fehlender ukrainischer Getreidelieferungen: 14 Mrd. Dollar Zusage der G7 zur Vermeidung dieser Katastrophe (der deutsche Beitrag wird nicht genannt)
- Klimaziele sollen trotz Krise eingehalten werden und am Ausbau erneuerbarer Energien wird festgehalten, dafür sollen dann 3 Kernkraftwerke und 5 Braunkohlekraftwerke über den Winter das Schlimmste verhindern. Der „Abwehrschirm“ soll für zwei Winter reichen.
- Tino Chrupalla, AfD: Anscheinend verwechsle man in der Bundesregierung wieder einmal Ursache und Wirkung. Die unsägliche Sanktionspolitik muss umgehend beendet werden. Putin ist jedenfalls willens, über den unbeschädigten Strang von NS2 Gas zu liefern.

DrS. Nr. 20/4047 Antrag der CDU: Einrichtung Notfallfonds für das Wissenschaftssystem.

- Im Ergebnis sind sich die Fraktionen einig: Die Wissenschaft darf in der Krise nicht vergessen werden, denn bei unzuverlässiger oder nicht mehr bezahlbarer Energie drohe ein unwiederbringlicher Verlust von Forschungsergebnissen.
- Prof. Michael Kaufmann, AfD: Die gegenwärtige Krise ist das Ergebnis der ideologischen Verengung der Forschung selbst. Die Erforschung der friedlichen Nutzung der Kernenergie, synthetische Kraftstoffe oder umweltfreundliche Kohlekraftwerke wurden tabuisiert und die Forschungsgelder heruntergefahren. Sonst könnte Deutschland heute ohne weiteres seinen Energiebedarf selbst decken.
- Der Antrag wurde überwiesen.



Drs.-Nr. 20/462 Antrag der AfD: Einsetzung einer Enquete-Kommission „Sicherstellung der Energieversorgung“

- Rainer Kraft, AfD: Durch falsche Energiepolitik, die nichts mit dem Ukraine-Krieg zu tun hat, geriet Deutschland in existenzielle Notlage. Das Wall-Street Journal hatte bereits 2019 den deutschen Weg als „dümmste Energiepolitik der Welt“ bezeichnet. Die Folgen sind Abwanderung der Industrie und Verarmung des Volkes.
- Die Enquete-Kommission soll eine Bestandsaufnahme und Evaluation der Energieversorgung in Deutschland vornehmen und grundsätzliche Alternativen erarbeiten.
- Der Antrag wurde an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung überwiesen.

Wahlen zum Bundestags-Vizepräsidenten sowie zum Parlamentarischen Kontrollgremium

- Unsere Kandidaten Peter Boehringer und Martin Hess, fielen wie alle anderen AfD-Kandidaten in allen nunmehr unzählbaren Vorrunden aufgrund von Blockadehaltung der anderen Parteien durch.

Debatte zur „Finanzreform“ der gesetzlichen Krankenkassen

- Die aufgrund des 17 Mrd.-€ Defizits notwendig gewordene Finanzreform wurde nach langer Debatte und nach Ablehnung von allein 5 AfD-Änderungsanträgen insgesamt angenommen.
- Unter anderem werden die Beiträge um 0,3% angehoben, der Bund erhöht allein für 2023 mit 2 Mrd. seinen Zuschuss zum Gesundheitsfonds auf 16,5 Mrd. Der Bund gibt der GKV ein Darlehen von 1 Mrd. €.

Änderung des „Heizkostenzuschussgesetzes“

- Als Teil des Entlastungspakets III, bringt es eine weitere „Entlastungszahlung“ sowohl für BaFöG-Empfänger, also auch die Personen, die beim ersten Paket nicht berücksichtigt wurden.
- Roger Beckamp, AfD: Tatsächlich werden mit dieser Hilfe lediglich 1,2 Mio. Haushalte entlastet, die anderen 40 Mio. Haushalte abzgl. Hartz IV werden gerade nicht entlastet: Die sogenannte Mittelschicht. Und bei Asylbewerbern bezahlt das Sozialamt die Heizkosten.

Antrag der AfD Dr.-Nr.20/3946 und nachgereichter Antrag der CDU 20/3929: Weiterführung des Expertenkreises Politischer Islamismus

- Der Antrag wurde abgelehnt, wie unter der Führung der SPD-Innenministerin Faeser nicht anders zu erwarten.
- Dr. Bernd Baumann, AfD zu den Gründen für dessen Berechtigung:
- Der Generalbundesanwalt musste in den vergangenen 1,5 Jahren 775 islamistisch motivierte Ermittlungsverfahren einleiten, links- und rechtsextreme Verfahren jedoch nur 43.
- Der Expertenkreis „Muslimfeindlichkeit der Deutschen“ wurde hingegen verlängert.

Antrag Drs.Nr. 20/4064 der AfD: Erweiterungsbau für das Kanzleramt stoppen.

- Stephan Brandner, AfD: Der „Protzklotz“ Kanzleramt ist schon jetzt etwa fünf mal so groß wie das weiße Haus, etwa dreimal so groß wie der Elysée-Palast in Paris und etwa zehn mal so groß wie Downingstreet No. 10 und der Anbau verdoppelt die bisherige Größe sogar. Kosten werden wohl 1 Mrd. € erreichen. Größenwahn in der größten Krise der Bundesrepublik. Man frage sich auch, wie der massive Anstieg der Anzahl der Mitarbeiter zu Stande kommen konnte, der zur Notwendigkeit eines Neubaus von 400 Büros führte.
- Der Antrag wurde in den Ausschuss überwiesen.

Abstimmung über Änderung des Bundeszentralregisters Drs.-Nr.20/3708

- Hierbei ging es vordergründig um Datenaustausch des Strafregisters mit Großbritannien.
- Tatsächlich handelte es sich wieder einmal um ein „Omnibusgesetz“, welches eine sachfremde Änderung des Strafgesetzbuches enthält: Danach soll künftig die Strafbarkeit der öffentlichen Billigung, Leugnung und gröblichen Verharmlosung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen explizit im Strafgesetzbuch (StGB) genannt werden (§130 StGB Volksverhetzung).
- Stephan Brandner, AfD: „Weil es Ihnen wohl zu peinlich ist, was Sie mit diesem Paragraphen machen, der eigentlich dringend reformiert oder abgeschafft gehört, verpacken Sie ihn in ein Omnibusgesetz, ohne erste Lesung, ohne ordentliche Behandlung im Ausschuss, einfach nur schnell nachts durchwinken, und die meisten Reden von Ihnen wurden sogar nicht mal gehalten, sondern nur zu Protokoll gegeben.“
- Die AfD lehnte ab, und hatte daher eine namentliche Abstimmung beantragt. Der Block Ampel/CDU stimmte dafür, die dieses Mal geschlossen auftretende Opposition lehnte ab.



Erster Tagesordnungspunkt: Zweite und dritte Beratung: Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes zur Reaktivierung und Neuausrichtung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds Drs.-Nr.20/3937.

- Es handelt sich um die Umwidmung des im Corona-Jahr 2021 geschaffenen, mit 600 Mrd. dotierten Sonderfonds zur Abmilderung der gesetzlichen Corona-Restriktionen mittels Lockdowns, Reise-, Versammlungs- und Produktionsbeschränkungen.
- Der Sonderfonds bekommt 200 Mrd. € mittels Kreditaufnahmen bis 2024 und soll erst bis 2058 getilgt werden. Zuvor musste zum zweiten Mal in diesem Jahr die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse gem. Artikel 115 Absatz 2 Satz 6 und 7 außer Kraft gesetzt werden (Drs.-Nr. 20/4058).
- Albrecht Glaser, AfD: Er erfasste in seiner Rede den Aspekt des vorsätzlich herbeigeführten staatlichen Energieengpases: Es handle sich hierbei um einen „Anschlag auf diesen Staat durch diese Regierung“. Diese Regierung musste sich der Folgen ihres Handelns bewusst sein, denn die Energieimporte aus Russland machten bislang knapp ein Drittel der Energiebasis dieses Landes aus. Bei einer schlagartigen Beendigung dieser Lieferungen war klar, dass auch schlagartig eine Energiekrise eintritt. Sein Schlusssatz: „Sie werden dafür politisch bezahlen!“
- Peter Boehringer, AfD zur Umwidmung des „Corona-Fonds“: 200 Mrd. € sollen jetzt in die Rücklage eines zweckentfremdeten und völlig undefinierten Schattenhaushalts eingestellt werden. Der richtige Weg wäre ein Nachtragshaushalt 2022 gewesen und zwar nur über die Summe, die als Abschlagszahlung im Dez. an alle Haushalte ausgezahlt werden soll. Das sei eine Rücklage auf Pump. Insgesamt kommt diese Bundesregierung nun auf neue Gesamtschulden von 500 Mrd. €, was einem gesamten Bundeshaushalt entspricht, davon 440 Mrd. € (140 Mrd. reguläre Neuversch. In 2022 + 100 Mrd. Bundeswehr-Sondervermögen + 60 Mrd. aus 21 für den Klimafonds + 200 Mrd. neuer WSF) nur im Jahr 2022. Wäre diese Schuldenaufnahme im regulären Haushalt eingestellt, wäre es klar verfassungswidrig. Man manipuliert alles auf das Jahr 2022, damit man 2023 eventuell sagen könne, man halte die Schuldenbremse ein.
- Sowohl die Umwidmung des Sonderfonds, als auch die Aussetzung der Schuldenbremse wurde in namentlicher Abstimmung angenommen.

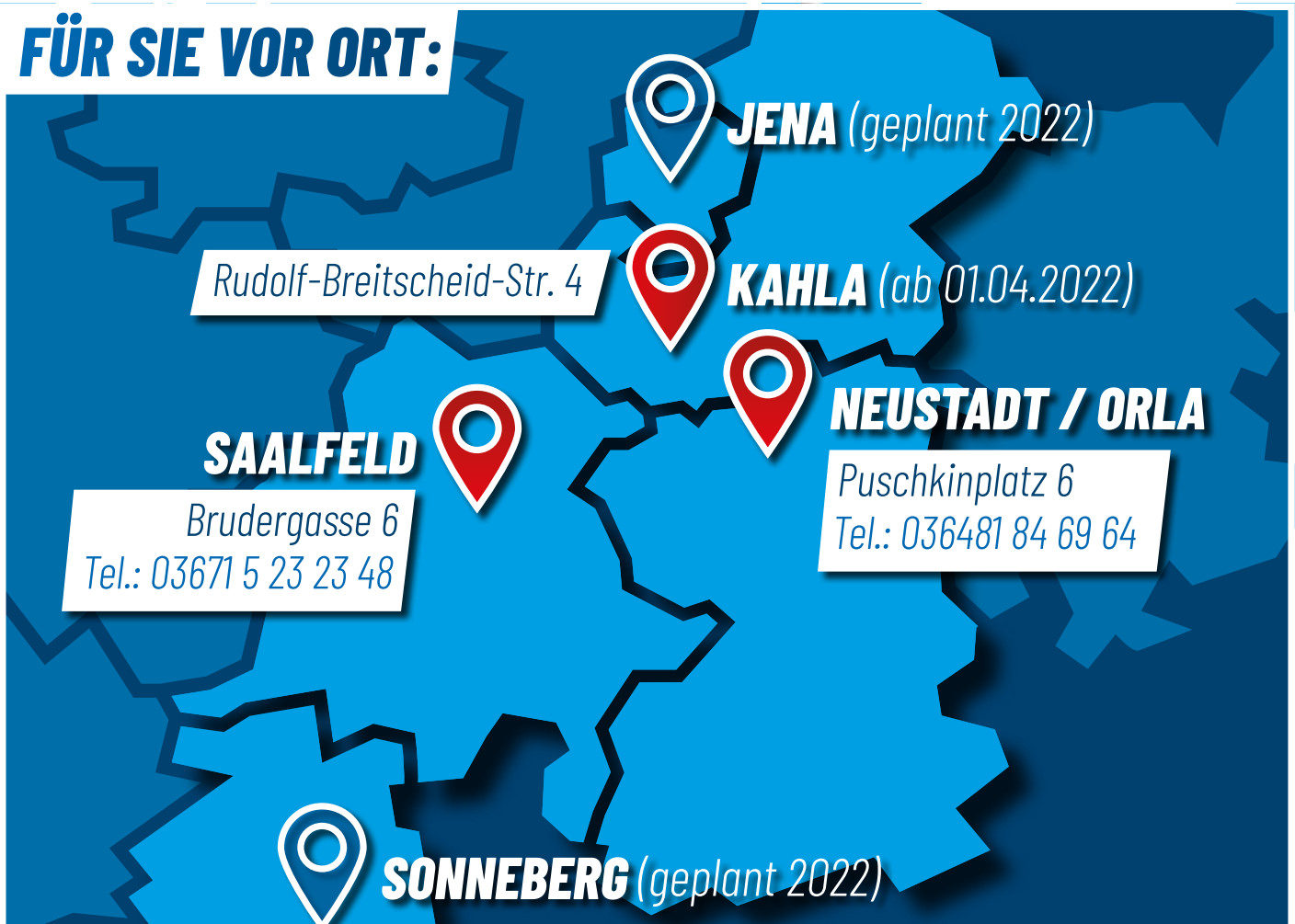
Bundeswehreinsatz im Irak

- In namentlicher Abstimmung stimmte der Block Ampel mit CDU/CSU für weitere Militäreinsätze und damit für die Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte im Irak
- Die fadenscheinige Begründung: Die Verhinderung des Wiedererstarkens des IS.

KOMMENDE TERMINE:



FÜR SIE VOR ORT:



Prof. Dr.-Ing.
Michael Kaufmann, MdB
[WWW.Kaufmann-Michael.de](http://www.Kaufmann-Michael.de)



www.Kaufmann-Michael.de
Michael.Kaufmann@bundestag.de

[@AfDKaufmann](https://www.facebook.com/AfDKaufmann)
[@AfDKaufmann](https://www.instagram.com/AfDKaufmann)

[@KaufmannAfD](https://twitter.com/KaufmannAfD)
t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P.: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557



WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE